

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

**Kurz kommentiert: Bundeshaushalt - Entwicklungspolitik -
Schweizer Franken - Ost-West-Handel - US-Exporte**

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1978) : Kurz kommentiert: Bundeshaushalt - Entwicklungspolitik - Schweizer Franken - Ost-West-Handel - US-Exporte, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 58, Iss. 10, pp. 482-483

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135238>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

KURZ KOMMENTIERT

Bundeshaushalt

Vertagte Konsolidierung

Der im Bundestag vorliegende Entwurf des Etats für 1979 hat ein Volumen von 204,6 Mrd. DM und verändert sich damit gegenüber dem Vorjahres-soll um 8,4%. Die umfangreichsten Ausgabeneinzelposten betreffen die Bereiche Arbeit (47,2 Mrd.), Verteidigung (36,09 Mrd.), Verkehr (26,45 Mrd.) und Jugend, Familie, Gesundheit (17,61 Mrd.), die zusammen mehr als 50% des Haushaltsvolumens ausmachen. Die höchsten Zuwächse weisen die Einzel-etats Wirtschaft (+ 19,6%), Wirtschaftliche Zusammenarbeit (+ 17,2%), Forschung und Technologie (+ 14,1%), Arbeit (+ 9,7%) und Jugend, Familie, Gesundheit (+ 9,2%) auf. Die Nettokreditaufnahme steigt auf eine Höhe von 35,5 Mrd. DM und übertrifft damit die Investitionsausgaben um ca. 2 Mrd. DM. Damit deutet sich das Problem dieses Haushalts schon an: Zum vierten Mal nimmt der Bund die Ausnahmevorschrift des Artikels 115 des Grundgesetzes in Anspruch und überzieht die formale Grenze der Nettokreditaufnahme.

Die Notwendigkeit, Wachstum und Konjunktur zu kräftigen, aber auch die dringenden Ziele eines Abbaus der Steuerbelastung und einer verbesserten Familienpolitik verhinderten die längst fällige Inangriffnahme der Schuldenkonsolidierung. Nun bleibt erst einmal abzuwarten, welche Veränderungen der Haushaltsentwurf in der weiteren parlamentarischen Behandlung erfährt. Der Finanzminister deutete schon an, daß noch Spielraum für Kürzungen sei. Insofern könnte der aktuelle Anlaß zu Klagen über eine Verletzung des Artikels 115 seitens der Opposition entfallen. Grundsätzlich bleibt aber die Frage offen, wann denn der Abbau des hierzulande als gefährlich hoch eingeschätzten Schuldenberges in Angriff genommen werden soll. Nach Aussagen des Finanzministers bleibt die Konsolidierung zwar mittelfristig eine wichtige Aufgabe der Finanzpolitik. Nur – wie lang ist mittelfristig und was wird aus der Konsolidierung, wenn die nächste Rezession früher als erwartet kommt? cri

Entwicklungspolitik

Schuldenerlaß für die Ärmsten

Die Bundesregierung hat in der Frage des Schuldenerlasses nachgegeben. Ein halbes Jahr nach der Genfer Schuldenkonferenz beschloß sie, auf die Rückzahlung der öffentlichen Schulden der

30 ärmsten Entwicklungsländer zu verzichten. Einnahmeausfall für den Staat: 1,8 Mrd. DM an Tilgungszahlungen für bereits ausgezahlte sowie 2 Mrd. DM für bisher lediglich zugesagte Kredite, ferner rund 500 Millionen an Zinsen – zusammen 4,3 Mrd. DM im Laufe der nächsten 50 Jahre. Vorher schon wurde angekündigt, daß diese Länder in Zukunft Zuschüsse anstelle von Darlehen erhalten sollen.

Wieder einmal ist die Bundesregierung damit Stück um Stück von einer ursprünglich harten Position abgerückt. Diesmal bildete die Bundesrepublik allerdings nicht mehr das Schlußlicht der Industrieländer. Vielleicht ist dies der Beginn einer Abkehr von der kurzfristigen Taktik, anfänglich Forderungen von Entwicklungsländern völlig abzulehnen und am Ende aus Furcht vor der Isolation doch nachzugeben.

Der Nachholbedarf der ärmsten Länder an Infrastrukturinvestitionen war einfach zu groß, um hier Projekte mit Krediten finanzieren zu können. Dazu hätten diese Projekte innerhalb recht kurzer Zeit zu einer Steigerung der verfügbaren Devisen führen müssen. Dies war jedoch weder möglich noch wünschenswert. Denn in so wenig entwickelten Ländern sind gerade solche Maßnahmen notwendig, die der breiten Bevölkerung, vor allem auf dem Lande, nützen und die Integration der heimischen Wirtschaft fördern. Derartige Projekte führen jedoch oft nicht zur Erwirtschaftung zusätzlicher Devisen. Die neue Zuschußpolitik wird sie eher ermöglichen als die bisherige Kreditpolitik. Es bleibt zu hoffen, daß sich auch die USA und die noch fehlenden europäischen Länder bald zum Erlaß der öffentlichen Schulden entschließen können. or

Schweizer Franken

Höhenflug gestoppt?

Der insbesondere gegenüber dem US-Dollar und der D-Mark – gemessen an der Differenz der Inflationsraten – überbewertete Schweizer Franken droht zu einer ernst zu nehmenden Wachstumsbremse für die Schweizer Wirtschaft zu werden. Die Wettbewerbsfähigkeit wird im Inland ebenso wie auf den Auslandsmärkten – über ein Drittel des Bruttosozialprodukts entfällt auf den Export – gefährdet. Die bisherigen währungspolitischen Maßnahmen zur Milderung des Wechselkursproblems (Devisenmarktinterventionen, Anlageverbot für Ausländer) haben nicht gegriffen, obwohl die Schweizer Nationalbank bereits seit einem Jahr das Ziel der Geldmengenstabilisierung nicht mehr

strikt verfolgt. Am 1. Oktober unternahm die Nationalbank daher einen erneuten Vorstoß, den anhaltenden Aufwertungstrend zu stoppen. Ihr Maßnahmenpaket umfaßt Devisenmarktinterventionen zugunsten unterbewerteter Währungen, Förderung des Kapitalexports und Hilfen für die Touristikbranche bei der Absicherung von Wechselkursrisiken.

Im Rahmen der jüngsten Maßnahmen mußte das Geldmengenziel von 5% für 1978 fallengelassen werden. Dies kann allerdings nicht als Zeichen einer Abkehr vom bisher verfolgten Stabilitätskurs angesehen werden. Solange aber die Schweiz weiterhin den „Weltrekord“ in der Inflationsbekämpfung hält, während andere Staaten eine expansivere Geld- und Fiskalpolitik fahren, und solange sich die Spekulation darauf verlassen kann, daß für die Schweizerische Nationalbank die Preisstabilität weiterhin höchste Priorität hat, spricht wenig für einen Erfolg der währungspolitischen Maßnahmen. Der Kurs des Schweizer Franken dürfte sich also weiterhin nach oben bewegen. sf

Ost-West-Handel

Aktiviertes COCOM

Ohne große Publizität fand Anfang Oktober in Paris eine Tagung des COCOM (Coordinating Committee) statt. Dieses im Jahr 1949 zu Beginn des Kalten Krieges auf Betreiben der USA gebildete Gremium hat die Aufgabe, Embargolisten strategischer Exportgüter für den Osthandel zu erstellen und zu überwachen. Zwar hat das COCOM seit Einsetzen der Entspannungspolitik an Bedeutung eingebüßt, doch achten auch gegenwärtig vor allem die USA auf die ständige Wirksamkeit dieses Gremiums. Nationale Sicherheitsinteressen sowie die Menschenrechtskampagne der Carter-Administration sind hierbei wichtige Motive. Gegenstand des jüngsten Treffens dürfte vor allem das Problem von Computerlieferungen an die Sowjetunion sein. Die US-Regierung sieht sich dabei mit ihrem Vorschlag eines generellen Lieferstopps sowohl mit den Absatzinteressen der eigenen Exportwirtschaft als auch mit denen der anderen westlichen Industrieländer im Zwist. Die NATO-Partner der USA und Japan stehen dem oft harten Kurs der Ostpolitik Carters ohnehin mit Distanz gegenüber. Deshalb werden es die US-Vertreter schwer haben, ihre Verbündeten auf eine extrem harte Embargolinie einzuschwören.

Die Vergangenheit hat oft genug gezeigt, daß ein Embargo im Osthandel weder politisch sinnvoll noch ökonomisch durchsetzbar war. Müssen auch

die großen europäischen Computerhersteller Frankreich, Großbritannien und Bundesrepublik insbesondere wegen diverser amerikanischer Zulieferungen stillhalten, so dürften sich japanische Regierungskreise und Produzenten weit weniger kooperationswillig zeigen. Sie sind insofern im Vorteil, als sie im COCOM nicht Vollmitglied, sondern nur assoziiert sind. Wie auf anderen Gebieten so werden auch im Bereich der Computerlieferungen weiterhin ständig Differenzen zwischen den Embargo-Mitgliedern bestehen, und zwar insbesondere zwischen den USA und den europäischen Ländern, für die der Ostmarkt eine ungleich größere Bedeutung hat als für die Amerikaner. ud

US-Exporte

Bescheidenes Programm

US-Präsident Carter hat kürzlich ein Exportförderungsprogramm verkündet, das darauf abzielt, über eine langfristige Exportoffensive das amerikanische Zahlungsbilanzdefizit (1978 etwa 30 Mrd. US-\$) zu verringern und den Dollar zu stärken. Gedacht ist an eine Aufstockung der staatlichen Exportkredite und -garantien für US-Unternehmen um 600 Mill. \$.

Das Handelsministerium rechnete in diesem Zusammenhang vor, daß eine Erhöhung des Anteils der Exporte am BSP von jetzt 6 auf 7% das Handelsbilanzdefizit um 20 Mrd. \$ reduzieren würde. Eine derartige Steigerung der Exportquote dürfte durch das Programm allerdings kaum zu erreichen sein. Denn dazu sind die bereitgestellten Mittel (ca. 0,5% der Exporte) völlig unzureichend. Eine Förderungssumme dieser Höhe wird die US-Unternehmen sicherlich nicht dazu reizen können, sich vom einheimischen Markt abzuwenden und vermehrt in das risikoreiche Exportabenteuer einzusteigen, zumal viele Unternehmen bereits über Direktinvestitionen ihre eigene Exportbasis exportiert haben.

Das Programm kann als Ausdruck der Hilflosigkeit Präsident Carters angesehen werden, das Vertrauen der Welt in die US-Währung wieder zu stabilisieren. Von den zentralen Ursachen der Dollarmisere lenkt es nur ab. Zu ihrer Beseitigung wäre neben einer wirkungsvollen Bekämpfung der einheimischen Inflation eine Verminderung der Energieeinfuhren sicher geeigneter. Aber auch ein Durchbruch in der Tokio-Runde, der die europäischen Märkte für die US-Landwirtschaft öffnen würde, könnte den Dollarkurs festigen. Die Ankündigung eines derart bescheidenen Exportförderungsprogramms hat ein weiteres Absacken des Dollars jedenfalls nicht verhindern können. je